



Protokoll der 25. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. April 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Gutzwiller Rolf und Meyer Denise

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll vom 25. März 2015 ://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.	-
2. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen ://: Wahl von Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) als BPK-Ersatzmitglied und als GPK-Mitglied, von Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) als FIKO-Ersatzmitglied sowie Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) als GPK-Ersatzmitglied.	2015/181
3. Entwicklungs- und Finanzplan 2015-2019 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK), Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) ://: Genehmigung BPK-Antrag betreffend Energiebuchhaltung mit 32 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. ://: Einstimmige Kenntnisnahme von EP 2015-2019. ://: Einstimmige Kenntnisnahme von Stellenplan.	2014/143 2014/143a-c
4. Verkehrsordnung - Bericht Stadtrat zum Postulat „Verkehrsordnung im Stedtli durchsetzen“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion ://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig abgeschrieben.	2014/128 2014/128a
5. Jugendparlament - Postulat „Förderung des politischen Engagements der Jugendlichen“ von Anna Ott der Grünen Fraktion, Diego Stoll der SP-Fraktion, Gerhard Schaefroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Beat Gränicher der SVP-Fraktion ://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.	2015/171
6. WLAN - Postulat „Öffentliches WLAN im Stedtli zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“ von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion ://: Das Postulat wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.	2015/172
7. Fragestunde Vom Stadtrat werden 8 Fragen beantwortet.	

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 8. | Radonmessungen - Antwort Stadtrat zur Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Radon-Messungen
<i>Erledigt nach der stadrätlichen Beantwortung der Interpellation.</i> | 2015/173
2015/173a |
| 9. | Spitalfriedhof - Postulat betreffend Erhalt des Spitalfriedhofes von Gerhard Schafroth, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit 31 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2015/174 |
| 10. | Schöntalweg velofrei - Postulat betreffend velofreiem Schöntalweg von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2015/175 |
| 11. | Sozialhilfekosten, Gemeindeinitiative - Motion „Gemeindeinitiative für eine faire Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden“ von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion
<i>://: Der in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2015/178 |
| 12. | Armut - Postulat „Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung“ von Marianne Quensel und Patrick Mägli der SP-Fraktion
<i>://: Wegen Zeitmangel wird das Geschäft auf die nächste Sitzung vertagt.</i> | 2015/179 |

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die anwesenden Rats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Namens des Einwohnerrates heisst er speziell Stadtrat Daniel Muri nach seinem Amtsantritt von anfangs April zur ersten Einwohnerratssitzung als Stadtratsmitglied willkommen. Er wünscht ihm viel Glück und Erfolg bei der Ausübung seiner neuen politischen Tätigkeit.
- Auch Einwohnerrätin Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) heisst er zu ihrer ersten Parlamentssitzung herzlich willkommen und wünscht ihr als neues Ratsmitglied alles Gute. Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt die neue Ratskollegin kurz vor: Frau Niederhauser ist 1977 geboren und in Kappel am Albis aufgewachsen. Sie wohnt seit 2001 in Liestal, ist verheiratet und hat 2 Töchter im Alter von 7 und 9 Jahren. Sie besitzt das Diplom als Eidg. diplomierte Managerin des öffentlichen Verkehrs, ist aktuell Geschäftsleiterin beim Blauen Kreuz und arbeitet auch noch in der Verkehrsberatung der Firma InnoTix AG in Zürich. Sie übt verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten aus, ist beispielsweise im Vorstand von Benevol, engagiert sich bei der Heilsarmee in Liestal und hatte schon diverse Lager für Familien und Kinder geleitet. Sie ist im Vorstand der EVP Liestal seit 2014 tätig.
- Der ER-Terminplan 2016 ist vom Büro beschlossen und per E-Mail den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht worden. Der Detail-Terminplan 2016 wird vom Büro nach den Sommerferien 2015 noch verabschiedet.
- Ebenfalls ist vom Büro entschieden worden, dass betreffend den Erneuerungswahlen von nächstem Jahr die Wahlsitzung bzw. die konstituierende ER-Sitzung auf den 29. Juni 2016 festgelegt wird.
- Die Rechnung 2014 (Nr. 2015/182) wird den Ratsmitgliedern diese Woche zugestellt. Die Rechnung ist vom Büro der FIKO bereits zur Vorberatung überwiesen worden.
- Mit sofortiger Wirkung wird im Anschluss an die Januar-Sitzung kein Jahresschlusessen mehr organisiert, die Ratsmitglieder werden jedoch nach der Dezember-Sitzung zu einem Apéro riche eingeladen.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, den Rückmeldetalon betreffend dem Einwohnerratsausflug vom 09. Mai 2015 der organisierenden Vizepräsidentin Meret Franke bis am Schluss der heutigen Ratssitzung abzugeben.
- Die Einwohnerratssitzung vom 20. Mai 2015 muss vermutlich mangels Traktanden abgesagt werden. Diesbezüglich wird man noch mit dem Büro und dem Stadtrat Rücksprache nehmen, doch hängt dies auch davon ab, wie viele traktandierte Geschäfte an der heutigen Sitzung behandelt werden können.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Neuer Vorstoss Nr. 2015/183

Neue persönliche Vorstösse

- Verlauf Einwohnerratsgeschäfte - Postulat betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/183)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------------|--|
| - Hans Rudolf Schafroth (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Patrick Mägli (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Franz Kaufmann bemerkt, dass der Baubeginn der Rathausstrassen-Sanierung in letzter Zeit für etwas Unruhe und Aufregung gesorgt hatte. Der von der Presse vermittelte Baubeginn von diesem Sommer stimmt nicht. Aktuell werden die ganzen Tiefbauarbeiten mit den Werkleitungen inkl. Hausanschlüssen sowie die neue Gestaltung der Rathausstrasse geplant. An der Einwohnerratssitzung vom September oder Oktober 2015 wird vom Stadtrat das Postulat betreffend der Rathausstrassen-Sanierung beantwortet bzw. eine Kreditvorlage unterbreitet. Im Zusammenhang mit der Sondervorlage werden vom Rat auch Entscheide betreffend der Dauer bzw. Etappierung der bevorstehenden Bauarbeiten zu fällen sein. Die Planungsarbeiten erfolgen in Absprache mit der Anwohnerschaft, den Detaillisten und dem KMU-Vorstand. Es ist damit zu rechnen, dass mit den Bauarbeiten wohl eher im 2017 als im 2016 begonnen wird.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass mit dem Einverständnis der Interpellation der neue Vorstoss „Raumplanerische Zukunft beider Frenkentäler“ (Nr. 2015/180) nicht auf die heutige Ratssitzung traktandiert wurde. Die schriftliche Interpellationsantwort des Stadtrates wird auf die nächste Sitzung vom 20. Mai 2015 traktandiert.

://: Da keine Wortbegehren angemeldet werden, wird die Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 15. April 2015 beschlossen.

271 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 25. März 2015

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung eingegangen sind.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Protokoll aus der Ratsmitte keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 25. März 2015 wird einstimmig genehmigt.

272 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2015/181)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass betreffend den Wahlvorschlägen keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Wahlen gesamthaft vorgenommen werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der CVP/EVP/GLP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) anstelle von Augstburger Elisabeth als BPK-Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Fraefel Stefan (CVP/EVP/GLP) anstelle von Steinger Pia als FIKO-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) anstelle von Hügli Corinne als GPK-Mitglied
- Hügli Corinne (CVP/EVP/GLP) anstelle von Augstburger Elisabeth als GPK-Ersatzmitglied

273 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Entwicklungs- und Finanzplan 2015-2019 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission, Bau- und Planungskommission BPK sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission SBK (Nr. 2014/143)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert, dass das Büro dem Rat folgende Vorgehensweise betreffend der Beratung und Beschlussfassung des EP 2015-2019 vorschlägt:

- a) Eintreten
- b) Bericht FIKO (Nr. 2014/143a)
- c) Bericht BPK (Nr. 2014/143b)
- d) Bericht SBK (Nr. 2014/143c)
- e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
- f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- g) Einzelredner: Stellungnahmen
- h) Anträge (Kurzfassung)
 - . Antrag BPK betreffend Erstellung von Energiebuchhaltung rückwirkend per 2012
 - . Kenntnisnahme von Entwicklungs- und Finanzplan 2015-2019 der vier Rechnungskreise
 - . Kenntnisnahme von Stellenplan

a) Eintreten

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden und das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2014/143a)

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf den FIKO-Kommissionsbericht und hält das Präsident die wichtigsten Punkte fest: Der EP 2015-2019 ist an zwei Kommissionssitzungen behandelt worden. In diesem strategischen Instrument sind wichtige Zahlen wiederum gut und übersichtlich dargestellt. In der abschliessenden Würdigung des guten EP müssen als Wehrmutstropfen die Annahmen betreffend den Zahlen rund um den Finanzierungsbedarf der Investitionen bezeichnet werden. Auch wird dem Stadtrat eine etwas konservativere Haltung bzgl. den Zuwachsraten empfohlen. Die FIKO kann den qualitativen und auch quantitativen Zielsetzungen sowie der durchschnittlichen Selbstfinanzierung von CHF 4.26 Mio. zustimmen. Bei den Steuererträgen fällt besonders auf, dass über die Planperiode kumulierte Steuererträge von CHF 5.4 Mio. durch Neuzuzüger generiert werden sollen und vom Stadtrat keine Annahmen bzgl. der Unternehmenssteuerreform III getroffen wurden. Beim Finanzausgleich wird Liestal von einer Nehmer- zu einer Gebergemeinde. Auch nimmt man erfreut zur Kenntnis, dass Liestal betreffend der Einführung des 6. Schuljahres bzw. „Harmos“ bereit ist. Auffallend ist, dass die Selbstfinanzierung am Schluss der Planungsperiode extrem ansteigt, doch dürften beim nächsten EP betreffend dem Investitionsbedarf für die nächsten Jahre auch konkretere Zahlen vorliegen. Die Vorberatung des EP durch drei Kommissionen ist ineffizient und das Büro wird gebeten, künftig den EP nur noch an zwei Kommissionen zu überweisen. Die FIKO beantragt dem Rat einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Abschliessend bedankt er sich nochmals für die gute Zusammenarbeit des EP 2015-2019 bzw. der Vorberatung desselben.

c) Bericht BPK (Nr. 2014/143b)

Diego Stoll (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass auch die Bau- und Planungskommission den stadträtlichen Anträgen zustimmen kann und sich dem Dank an den Stadtrat und die Verwaltung anschliessen kann. Im Zusammenhang mit dem Investitionsvolumen bei den Schulanlagen ist eine Gesamtbetrachtung wohl erst dann möglich, sobald verlässlichere Zahlen vorliegen. Vom Stadtrat ist der Energiespar-Motion Nr. 2010/134 wohl zu wenig Beachtung geschenkt worden, weshalb von der BPK auch der Zusatzantrag betreffend dem Nachreichen einer Energiebuchhaltung gestellt wird. Und vorgängig dem geplanten Ersatz des Kunstrasenfeldes im Jahre 2018 müsste vorgängig noch geprüft werden, inwieweit sich die Zusagen und Annahmen im Jahre 2008 betreffend der Lebensdauer und Nutzung des Kunstrasenfeldes erfüllt haben. Bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung ist es wichtig, dass man den Fahrplan einhalten kann. Bei der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung müsste man der Problematik betreffend den deponierten Abfallsäcken bei den Unterflurcontainern die gebührende Beachtung schenken und das Nötige veranlassen.

d) Bericht SBK (Nr. 2014/143c)

Corinne Ruesch (GL) hält als Vorsitzende der SBK-Kommission fest, dass die zuständigen Stadtratsmitglieder in der Kommission ihre strategischen Überlegungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich dargelegt hatten und diesen drei Stadtratsmitgliedern möchte sie an dieser Stelle für ihre Ausführungen nochmals bestens danken. Vielmehr möchte sie an dieser Stelle ein paar Gedanken betreffend dem Stellenwert des EP mitgeben. Der EP informiert über die Parameter, welche die Entwicklung Liestals für die nächsten Jahre beeinflussen werden. Die SBK ist der Meinung, dass die Entwicklung von Liestal über die die finanziellen Aspekte hinausgehen sollte, indem beispielsweise auch die qualitativen Handlungsspielräume ausgelotet werden. Die qualitativen Vorstellungen in Form von Leitgedanken oder Leitbildern sollten auch im EP einen zentralen Stellenwert haben. Den qualitativ-strategischen Überlegungen sollte der Stadtrat weiterhin grossen Wert beimessen. Die SBK beantragt dem Rat ebenfalls, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Ott möchte sich gerne zu einigen Punkten des EP äussern. Ein Kennzeichen des EP 2015-2019 sind die markanten Mehrinvestitionen der nächsten Jahre im Hochbau bzw. in die Schulbauten, nachdem in den letzten Jahren die Schwerpunkte in den Tiefbau und die Aussenraumgestaltung gesetzt wurden. Die Hochbau-Investitionen sollen aber keinen ausschliesslichen Schwerpunkt darstellen, denn der Tiefbau wird weiterhin ein Thema bleiben, denkt man an den Handlungsbedarf bei den Kunstbauten, die bevorstehende Rathausstrassen-Sanierung usw. Erwähnt sei ebenfalls, dass nicht nur die Stadt, sondern auch Private, verschiedene Investoren, die SBB usw. in Liestal in einem erhöhten grösseren Ausmass während den nächsten Jahren investieren werden. Diese Investitionen und die städtebauliche Entwicklung werden aber an der stadt eigenen Investitionstätigkeit nicht ganz spurlos vorbeigehen. Und auch einer robusten Selbstfinanzierung kommt eine erhöhte Bedeutung zu, wenn die Investitionen steigen. So ist es unter anderem wichtig, dass man auch in den nächsten Jahren schwarze Zahlen schreiben wird, damit sich die Fremdkapital-Aufnahme im Rahmen der Prognosen bewegt und nicht zusätzlich noch zunimmt. Das Umfeld, in welchem man finanzpolitisch agieren muss, bringt verschiedene Herausforderungen und Knacknüsse mit sich und deshalb ist der Stadtrat auch sehr zurückhaltend bei der Einschätzung des Steuersubstrat-Wachstums. Beim Finanzausgleich wird das Verteilungsvolumen künftig reduziert, wovon auch Liestal betroffen sein wird, doch wird man auch diese Effekte wegstecken können. Dies wird wohl möglich sein, weil Liestal in einer Wachstumsphase ist und damit die neuen finanziellen Konsequenzen aufgefangen werden können. Lie-

stal wird vermutlich 1 Jahr früher als angenommen, das heisst bereits schon ab dem Jahr 2017 zur Gebergemeinde. Die Erreichung dieses Meilensteins zeigt schliesslich auch auf, dass Liestal auch finanziell robust aufgestellt ist.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, die Mittefraktion finde den EP transparent und auch einige kritische Fragen seiner Fraktion sind vom Stadtrat und der Verwaltung zufriedenstellend beantwortet worden. Der EP ist ein wertvolles Planungsinstrument und kritisch kann lediglich angemerkt werden, dass die Personalkosten mit dem automatischen Stufenanstieg stetig steigen. Das hingegen ist für ihn nicht ganz nachvollziehbar und logisch, da das durchschnittliche Amtsalter der Angestellten immer etwa gleich hoch ist. Die Mittefraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält im Zusammenhang mit dem BPK-Bericht fest, dass auch ihre Fraktion die Erstellung und Nachführung einer Bauwerkskontrolle befürworte. Mit der Aktualisierung des GWP können auch die Investitionen besser berechnet werden. Mit dem Übersichtsplan über die Grünflächen ist die Stadt gut dokumentiert und damit kann wohl auch das Ziel für eine günstigere und effizientere Bewirtschaftung besser erreicht werden. Ob der Kunstrasenfeld-Entscheid im Jahre 2008 nicht ein Fehlentscheid gewesen war, sei dahin gestellt. Nicht alle ihrer Fraktion werden dem BPK-Zusatzantrag „Energiebuchhaltung“ zustimmen.

Roman Schmied (GL) meint, seine Fraktion spreche sich dafür aus, dass die SBK auch künftig den EP vorberaten sollte. Denn bei diesem Planungsinstrument geht es doch primär darum, was man in Liestal künftig machen möchte und erst sekundär sollten die finanziellen Belange thematisiert werden. Während den letzten 9 Jahren wurden Schulden abgebaut und nun haben wir wieder die finanziellen Mittel für Investitionen. Die stadträtliche Absicht wird begrüsst, dass man die künftige Investitionsplanung besser voraussagen möchte. Die EP-Zielsetzung eines mittelfristigen ausgeglichenen Finanzhaushaltes macht Sinn, was uns aber nicht daran hindern sollte, wieder einmal antizyklische Entscheide zu fällen. Im EP ist das Jugendkonzept nicht erwähnt, obwohl dies dem Einwohnerrat schon seit längerer Zeit in Aussicht gestellt wird. Man wird den stadträtlichen Anträgen und auch dem BPK-Zusatzantrag betreffend der Energiebuchhaltung zustimmen.

Marianne Quensel (SP) sagt, auch die SP-Fraktion finde den EP klar und nachvollziehbar. Die formulierten Ziele sind richtungsweisend und die dafür erforderlichen Mittel sorgfältig berechnet und dargestellt. Wie vom Stadtpräsidenten vorgängig schon angesprochen, gibt es halt immer wieder Ungewisse im Umfeld, und doch ist erkennbar, dass der EP immer mehr ein strategisches Instrument ist, welcher deshalb nicht noch mehr mit Zahlen und Statistiken angereichert werden sollte. Die zahlreichen Baukräne zeigen, dass einige Planungen schlussendlich auch umgesetzt werden. Auch ihre Fraktion ist der Meinung, dass der EP weiterhin auch von der SBK vorberaten werden sollte. Den Anträgen des Stadtrates wird man einstimmig und dem BPK-Zusatzantrag grossmehrheitlich zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert darüber, dass seine Fraktion die Anträge des Stadtrates und der BPK unterstützen wird. Der EP ist ein gutes Grundlagenpapier und zeigt einmal mehr auf, wie klein der Spielraum der Gemeinden betreffend ihren Finanzen ist. Die Vorberatung der EP-Vorlage durch drei Kommissionen ist doch etwas luxuriös und müsste überdacht werden. Ebenfalls kann die Meinung der FIKO unterstützt werden, dass man bezüglich den Zuwachsraten etwas zurückhaltender operieren sollte.

Max Schäublin (FDP) führt aus, dass es gerade in dieser schnelllebigen und unsicheren Zeit wichtig ist, dass man immer wieder Anpassungen betreffend der Entwicklungs- und Finanzplanung vornimmt. Der Schuldenaufbau in den nächsten Jahren bis gegen 50 Mio. Franken ist wegen der Pensionskassen-Sanierung, der Sanierung der Frenken-Schulanlage usw. begründet und nachvollziehbar. Insbesondere bei den Sozialhilfekosten wird man fremdbestimmt, doch kann positiv vermerkt werden, dass dort sehr grosse Anstrengungen unternommen werden, damit man diese Kosten in den Griff bekommt. Auch seine Fraktion äussert Bedenken betreffend der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung und den künftigen Steuereinnahmen, weshalb man diesbezüglich vielleicht etwas vorsichtiger sein sollte. Die FDP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, dass der Entwicklungs- und Finanzplan ein gutes Planungsinstrument ist, dieser aber nicht fehlerfrei ist und durchaus noch verbessert werden könnte. Als Liestal rund 60 Mio. Schulden hatte, wurde eine Motion zum Schuldenabbau eingereicht und an den Stadtrat überwiesen. In der Folge wurde Finanzvermögen verkauft und verdeckte Schulden aufgebaut, indem man beispielsweise Sanierungen bei Schulhäusern usw. nicht getätigt hatte, was nun nachzuholen ist. Rein betriebswirtschaftlich gesehen hatte man eigentlich gar keine Schulden abgebaut, lässt man die Finanzbuchhaltung ausser Betracht. Vielleicht sollte man die Rechnungslegung in eine Richtung entwickeln, in welcher man auch wirtschaftlich denkt, damit kein weiterer Selbstbetrug passiert. Die Überraschung wegen der dringend notwendigen Sanierung der Kasinobrücke hätte wohl auch vermieden werden könne, wäre ein Anlagenverzeichnis für sämtliche Bauten erstellt und nachgeführt sowie ein Erneuerungsfonds für die Sanierung und Erneuerung derselben geäuft worden. Eine Planungsrechnung für das gesamte Anlagevermögen könnte weitere böse Überraschungen minimieren.

Diego Stoll (SP) meint, dass die Flughöhe seines Vorredners schon etwas hoch sei. Beim Zeitungslesen fällt ihm aber immer wieder auf, dass zahlreiche andere Gemeinden des Kantons immer wieder runterfahren müssen. Wird Liestal zitiert, liest man vielfach von einem Vorwärts- und Aufwärtstrend und Liestal kann auch über grössere Investitionen diskutieren, die in anderen Gemeinden schon alleine wegen deren Finanzlage nicht mehr thematisiert werden können. Dass dies heute so ist, kann sicher auch auf die gute Zusammenarbeit des Einwohnerrates mit dem Stadtrat und der Verwaltung usw. zurückgeführt werden.

h) Anträge

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über die vorliegenden Anträge abstimmen lässt.

• Antrag BPK betreffend Erstellung von Energiebuchhaltung rückwirkend per 2012

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) verliest den BPK-Antrag gemäss Vorlage Nr. 2014/143b:

„Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Stadtrat einzuladen, eine einfache, korrekte Energiebuchhaltung rückwirkend per 2012 zu erstellen, wobei pro Objekt die jährlich verbrauchten Kilowattstunden (klimakorrigiert) mit den entsprechenden Energiekennzahlen sowie die jährlichen Energiekosten aufzuführen sind.“

://: Der BPK-Antrag betreffend der Energiebuchhaltung ab 2012 wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

- **Kenntnisnahme von Entwicklungs- und Finanzplan 2015-2019 der vier Rechnungskreise**

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass alle einwohnerrätlichen Kommissionen diesem Stadtratsantrag zustimmen.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Entwicklungs- und Finanzplan 2015-2019 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) einstimmig zur Kenntnis.

- **Kenntnisnahme von Stellenplan**

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass alle vorberatenden Kommissionen den stadträtlichen Antrag unterstützen.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Stellenplan einstimmig zur Kenntnis.

274 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Verkehrsordnung - Bericht Stadtrat zum Postulat „Verkehrsordnung im Stedtl durchsetzen“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2014/128)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf den stadträtlichen Bericht unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Postulant dem Stadtrat für den Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/128a und stellt fest, dass er sich mit den stadträtlichen Anträgen einverstanden erklären kann. Er ist der Meinung, dass rigoros gebüsst werden sollte, wenn widerrechtlich die Gratis-Parkiertaste gedrückt wird. Die Umprogrammierung der Parkuhren wäre gemäss stadträtlichem Bericht schon unverhältnismässig und macht keinen Sinn. Es freut ihn, dass der Stadtrat in einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit von E-Parking prüfen wird. Das Abschleppen von widerrechtlich parkierten Fahrzeugen von Wiederholungstätern sollte als Prävention vom Stadtrat unterstützt werden. Die Installation von Pollern eingangs der Rathausstrasse sollte im Zusammenhang mit der Strassensanierung wieder geprüft werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) ist ebenfalls der Meinung, dass es technisch zwar Lösungsmöglichkeiten gibt, die Folgekosten betreffend der Parkuhren-Umprogrammierung doch unverhältnismässig hoch sind. Laufend verabschieden sich Detaillisten aus dem Stedtl, weil sie wegen fehlendem Umsatz ihre Fixkosten nicht mehr bezahlen können. Das Stedtl muss attraktiv bleiben, was aber nur mit einem umfassenden Warenangebot möglich ist. Natürlich braucht es auch genügend Kunden und Parkplätze, doch leider werden einige wertvolle Parkplätze zum Teil von den Detaillisten selbst dauernd belegt. Konsequente Parkierkontrollen und Bussen sind unbedingt nötig, denn die Parkplätze in der Kernzone sollen den Kunden vorbehalten bleiben. Die Verbarrikadierung der Rathausstrasse mit teuren Pollern löst das Hauptproblem nicht, denn den Kunden muss Attraktivität geboten werden. Alle Einkaufszentren rund um Liestal lachen sich ins Fäustchen, wenn Liestal die Kunden mit seinen marktfremden Strategien direkt in ihre Läden treibt. Die Kunden müssen wieder zurückgewonnen werden, damit das Stedtl Liestal weiter leben kann. Seine Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig vom Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/128a Kenntnis.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2014/128 als erfüllt abgeschrieben.

275 0.01.011.01 Einwohnerrat

- 5. Jugendparlament - Postulat „Förderung des politischen Engagements der Jugendlichen“ von Anna Ott der Grünen Fraktion, Diego Stoll der SP-Fraktion, Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Beat Gränicher der SVP-Fraktion (Nr. 2015/171)**

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Einwohnerrat Liestal

Postulat

Förderung des politischen Engagements der Jugendlichen

Jugendliche sollen ihre Anliegen in die Politik einbringen und eigene Projekte initiieren können. Dafür braucht es Institutionen, die ihnen den Zugang zur Politik eröffnen und ihnen Raum für Diskussionen bieten.

Eine Möglichkeit wäre die Einführung eines Jugendparlaments. In der Schweiz existieren rund 50 Jugendparlamente und dies sowohl auf kantonaler als auch auf lokaler Ebene. Diese ermöglichen den Jugendlichen zwischen 14 und 23 Jahren an politischen Prozessen teilzunehmen, die Jugendlichen interessierenden Themen – seien diese regional, kantonale oder national – zu diskutieren, eigene Anliegen einzubringen und Projekte zu initiieren. Durch die Parlamentsarbeit werden die Jugendlichen auf politische und gesellschaftliche Themen sensibilisiert und für ein politisches Engagement motiviert. Die Jugendlichen lernen, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese zu vertreten. Sie lernen, Kompromisse einzugehen, Verantwortung zu tragen und mit den politischen Rechten und Pflichten umzugehen. Zudem fungieren die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier als Ansprechpersonen für Gleichaltrige und vermögen die Jugendlichen besser zur politischen Partizipation wie zur Teilnahme an einer Kundgebung oder zum Urnengang zu motivieren als Erwachsene.

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und zu berichten, wie die politische Partizipation bei Jugendlichen gefördert werden kann (beispielsweise durch Errichtung eines Jugendparlamentes in der Region Liestal oder anderen Massnahmen).

Liestal, 26. Januar 2015

Anna Ott
Grüne-Fraktion

Diego Stoll
SP-Fraktion

Gerhard Schafroth
EVP/CVP/glp-Fraktion

Daniel Spinnler
FDP-Fraktion

Beat Gränicher
SVP-Fraktion

Stadträtin Marion Schafroth sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Anna Ott (GL) erklärt als Postulantin, dass eine Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sich alle Generationen einbringen und mitgestalten können. Die Beteiligung aller Generationen am politischen Prozess muss gefördert werden und dabei sollte vor allem die Beteiligung der Jugendlichen unterstützt werden, da diese in der heutigen Politik untervertreten sind und sich diese auch unterdurchschnittlich bei den Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Eine Möglichkeit zur Förderung der politischen Partizipation könnte die Bildung eines Jugendparlaments sein. Es existieren bereits rund 50 Gemeinde- und Kantonsparlamente für Jugendliche in der Schweiz. Das Postulat ist ganz bewusst sehr offen formuliert worden. Dennoch möchte sie einige Ideen mit auf den Weg geben. Einige Jugendparlamente verfügen auch über einzelne politische Rechte wie bspw. das Motionsrecht und diese machen

vermutlich auch Sinn. Die Parlamentsbildung für Jugendliche über die Gemeindegrenze hinaus würde vermutlich Sinn machen. Sollte das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden, so wird dem Stadtrat und der Verwaltung empfohlen, Informationen und Unterlagen bei denjenigen Gemeinden und Kantonen einzuholen, welche bereits über ein Jugendparlament verfügen und diesbezüglich schon einige Jahre Erfahrungen sammeln konnten. Die Jugendparlamente sind auch in einem Verband organisiert, welcher sicher beratend unterstützen kann.

Daniel Spinnler (FDP) meint als Postulant, dass wohl einige Einwohnerratsmitglieder hier sitzen, weil sich schliesslich schon einige Elternteile von amtierenden Ratsmitgliedern politisch engagiert hatten. Ein zunehmendes politisches Desinteresse zeichnet sich ab und ein vermehrtes Engagement aller Generationen ist nötig. Bei der FDP-Fraktion steht nicht alleine die Bildung eines Jugendparlamentes im Fokus, denn auch in der Schule kann bei Projekten die Mitbestimmung gefördert werden usw.

Gerhard Schaefroth (CVP/EVP/GLP) erklärt als Mitunterzeichner des Postulates, dass auch seine Fraktion die Postulatsüberweisung an den Stadtrat einstimmig unterstützen wird.

Beat Gränicher (SVP) informiert als Mitpostulant darüber, auch die SVP-Fraktion werde die Postulatsüberweisung einstimmig unterstützen. Eine regionale Lösung wäre sinnvoll.

Diego Stoll (SP) bemerkt als Postulant, dass auch seine Fraktion die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat einstimmig unterstützen wird.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2015/171 „Jugendparlament“ wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

276 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. WLAN - Postulat „Öffentliches WLAN im Stedtl zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“ von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/172)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Einwohnerrat Liestal
Corinne Hügli
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 26.1.2015

Postulat

Öffentliches WLAN im Stedtl zur Attraktivitätssteigerung der Liestaler Innenstadt

Public WLAN gehört bereits in vielen Städten und an öffentlichen Orten wie Bahnhöfen oder Einkaufszentren zum Angebot. Viele Hotels bieten ihren Gästen einen kostenlosen Zugang zum Internet an und sorgen so für mehr Kundenbindung. Die Stadt Luzern bietet z.B. seit 2007 einen öffentlichen Internetzugang an und registriert monatlich mehrere Millionen Benutzer-Minuten. In Genf kann ebenfalls an zahlreichen Hotspots gratis gesurft werden und auch in Bern wird ein ähnliches Projekt vorangetrieben. In der Stadt Basel bieten die BVB sowie zahlreiche Cafés ein entsprechendes Angebot an. Wer ein WLAN-fähiges Gerät besitzt, kann so unkompliziert und gratis auf das Internet zugreifen.

Ein öffentliches WLAN im Stedtl Liestal würde massgeblich zur Attraktivitätssteigerung des Zentrums beitragen und die Besucher mit dieser zeitgemässen, sinnvollen Dienstleistung zum Verweilen einladen. Beispielsweise könnten Informationen rund um den Besuch im Stedtl, wie Öffnungszeiten, Fahrpläne, kulinarische Angebote etc. gratis vor Ort abgerufen werden. Ein Public WLAN im Stedtl wäre eine gute Investition in die Zukunft und würde dazu beitragen, dass sich wieder mehr Besucher in der Altstadt aufhalten.

Als Finanzierungsmodell wäre z.B. eine Zusammenarbeit mit privaten, lokalen Anbietern denkbar (Refinanzierung durch Werbung oder weitere Massnahmen).

Ich bitte den Stadtrat, die Einführung eines Public WLANs im Stedtl zu prüfen und darüber zu berichten.

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, man konnte heute in den Zeitungen lesen, dass von den BVB der Pilotversuch für ein Gratis-WLAN in den Bussen abgebrochen wird. Dennoch ist der Stadtrat bereit, das Postulat für weitere Abklärungen zu übernehmen.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) sagt als Postulantin, sie habe vom abgebrochenen Pilotversuch der BVB erst jetzt erfahren und dankt dem Stadtrat für seine Zusage, ihren Vorstoss übernehmen zu wollen. Basel-Tourismus ist aktuell daran, für ihre Touristen Hotspots einzurichten. WLAN im Stedtl Liestal könnte das Stedtl beleben und attraktiver machen, indem man eine digitale Stadtführung geniessen könnte usw. Die Finanzierung müsste ja nicht alleine durch die Stadt Liestal passieren, denn an den Folgekosten könnten sich gegebenenfalls noch weitere Partner wie die SBB, Migros, Swisscom usw. beteiligen, welche bereits Hotspots anbieten. Die Mittefraktion unterstützt die Überweisung ihres Vorstosses an den Stadtrat.

Roman Schmied (GL) hält fest, dass in seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen betreffend dem Postulat vertreten werden. Er hatte sich beim Veloputztag am letzten Samstag etwas umgehört und gemäss seiner Umfrage würde ein Gratis-WLAN-Angebot vor allem von denjenigen Einwohnern begrüsst, die kein oder nur wenig Geld haben. Dies trifft insbesondere bei Jugendlichen zu, denn Erwachsene besitzen ja meist ein Internet-Abonnement.

Fabian Eisenring (SP) bemerkt, betreffend den Internetmöglichkeiten besteht nun schon fast ein unbegrenztes Angebot. Die Schweiz muss betreffend dem WLAN-Angebot als Entwicklungsland bezeichnet werden. Die Umsetzung des Vorstosses könnte zu einer Attraktivitätssteigerung Liestals beitragen. Die SP-Fraktion unterstützt diesbezügliche weitere Abklärungen durch den Stadtrat und wird der Postulatsüberweisung einstimmig zustimmen.

Karin Jeitziner (FDP) führt aus, dass die Unterstützung des Online-Shopping durch die Stadt die Detaillisten im Stedtli nicht gerade erfreuen dürfte. Auch die meisten Jugendlichen haben schon ein Abonnement und haben rund um die Uhr den Zugang ins Internet. Und wenn die Jugendlichen sich schon im Stedtli aufhalten, sollten sie vielleicht miteinander reden und nicht chatten. Die Kostenfolgen müssten auch noch genauer geklärt werden. Ihre Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulates aus.

Markus Rudin (SVP) führt aus, mit einer Überweisung des Postulates gehe es ja nur um unverbindliche Vorabklärungen durch den Stadtrat. Die Befürchtungen sowie Bedenken betreffend möglichen Umsatzrückgängen bei den Detaillisten wegen dem Onlineshopping kann er nicht teilen. Die KMU im Stedtli könnten vielleicht auch von einem Gratis-WLAN profitieren und ihre Angebote breiter und schneller anbieten bzw. aktualisieren. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2015/172 an den Stadtrat überwiesen.

Mitteilung Ratspräsident

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert nach der Pause darüber, dass er sich vorher noch kurz mit Stadtpräsident Lukas Ott und Stadtrat Franz Kaufmann betreffend einer möglichen Absage der Einwohnerratssitzung vom 20. Mai 2015 unterhalten hatte, was von ihm anfangs der Sitzung vorangezeigt wurde. Da dem Einwohnerrat noch 3 - 4 neue Quartierpläne zur Beratung unterbreitet werden, wird man an der Mai-Sitzung festhalten.

277 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Hanspeter Zumsteg (GL) - Kran-Reklamen

In Liestal wird viel gebaut, entsprechend viele Kräne sind von weit her sichtbar. In der Nacht leuchten weit über den Dächern bis zu einem Kilometer weit sichtbar riesige, an diesen Kränen montierte Reklameschilder. Zur Gleichbehandlung des Gewerbes wurde eigens ein Reklame-Reglement erstellt. Frage: Entsprechen die riesigen beleuchteten Kran-Reklamen wirklich den lokalen Vorschriften und Reglementen? Wenn nicht, wird der Stadtrat die gültigen Vorschriften auch auf dem Bau durchsetzen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Beim Stadtbauamt sind bereits Reklamationen betreffend den beleuchteten Reklamen an den Kränen eingegangen. Mit den Bauunternehmungen wird das Gespräch gesucht sowie weitere Abklärungen betreffend der Rechtslage getroffen.

2. Frage / Hanspeter Stoll (SP) - Projekt „Ufzgi und Tschutte“

Frage: Macht die Schule Liestal auch mit am nationalen Projekt "Ufzgi und Tschutte (BZ-Artikel vom 15. April 2015) vom Sportacademys-Förderverein Bildung und Sport? Wenn Nein wieso nicht?

Stadtrat Daniel Muri: Das Fussballspiel liegt dem Fragesteller am Herzen und doch muss man bedenken, dass das Fussball-Angebot die Mädchen wohl eher weniger anspricht. Das neu eingeführte Angebot „Freiwilliger Schulsport“ wird von über 150 Kindern genutzt und die Schule wird deshalb dieses Projekt weiterverfolgen und ausbauen.

3. Frage / Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) - Häckseldienst-Gebühren

Die Rechnung 2013 hat erfreulicherweise gezeigt, dass die Spezialfinanzierung Abfall seit Jahren positive Ergebnisse erzielt. Liestal ist Energiestadt und hat sich der Förderung der Abfallvermeidung verschrieben. Kann sich der Stadtrat vorstellen die Gebühren des Häckseldienstes zu senken und diesen an einzelnen definierten Terminen auch gratis durchzuführen?

Stadträtin Regula Nebiker: Von den Betrieben werden alle Gebühren im Abfallbereich überprüft. Dass man aber Gratis-Häckseldienste anbieten wird, dürfte wohl eher nicht der Fall sein, da man beispielsweise die Häckselmengen schlecht abschätzen kann.

4. Frage / Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) - Website Liestal, Schulbereich

Die Schule ist einen wichtiger Teil unsere Stadt. Will ich mich darüber auf Liestals Website informieren, finde ich sie gut versteckt hinter Verwaltung, Departemente/Bereiche und Bildung. Ist es möglich die Schule etwas prominenter auf der Frontseite zu platzieren?

Stadtpräsident Lukas Ott: Die Frage wird noch genauer geprüft, doch der Schulbereich ist auf unserer Homepage grundsätzlich gut auffindbar. Bei der Anzahl der Aufrufe liegen die Bildungsseiten im hinteren Mittelfeld.

5. Frage / Corinne Ruesch (GL) - Spielplatz Brunnmatt

Der Spielplatz Brunnmatt erfreut sich grosser Beliebtheit. Da nicht wenige Spielplatzbesuchende mit dem Auto anreisen und die Parkplätze rund um den Spielplatz begrenzt sind, wird an einem schönen Nachmittag auch schon mal entlang der Strasse parkiert. Dies führt zu einer unübersichtlichen Verkehrssituation, welche die Sicherheit der Kinder gefährdet. Ist dem Stadtrat diese Situation bekannt? Welche Möglichkeiten gibt es diese Situation, insbesondere rund um den Spielplatzeingang Heidenlochstrasse, zu entschärfen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Problematik und Situation ist bekannt. Auch die Besucherparkplätze des Altersheim Brunnmatt entlang der Heidenlochstrasse werden öfters fremdbenutzt. Aktuell ist ein Quartierplan im betreffenden Gebiet in Bearbeitung und vielleicht kann dann in diesem Zusammenhang auch die Parkplatzproblematik im Brunnmattquartier thematisiert werden.

6. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Zusätzliche Abfallkübel

Bei meinen Spaziergängen durch Liestal, fällt mir auf, dass immer an den gleichen Orten: Glas und Alu-Container Frenkenbündten und Sitzbank Galgenrainweg, ein Haufen Unrat und leere Tragtaschen herumliegen. Könnte man das Problem nicht mit zusätzlichen Abfallkübeln lösen?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Situation ist bekannt und der Stadt sind weitere illegale Ablagerungsorte bekannt, wo immer wieder vorschriftswidrig Hauskehricht entsorgt wird. Beim erwähnten Sitzbank am Galgenrainweg wird ein zusätzlicher Abfallkübel montiert.

7. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Briefkasten bei Rathaus-Haupteingang

Ich habe bei den letzten Landratswahlen wieder einmal festgestellt, dass die bestehenden Briefkästen für die Abgabe von Stimmzetteln und gleichzeitig auch Steuererklärungen nicht genügend gross respektive tief sind. Ich hätte locker einige Couverts rausnehmen können. Meine Frage: Ist sich der Stadtrat dieser Situation bewusst? Ich denke hier ist Handlungsbedarf.

Stadtpräsident Lukas Ott: Das Kapazitätsproblem bei den Rathaus-Briefkästen kann vor allem beim Zusammenfallen von Abstimmungsterminen mit der Einreichfrist von Steuererklärungen festgestellt werden. Man wird ein Auge darauf haben und den Rhythmus der Briefkästen-Leerungen noch intensivieren.

8. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Standort für Fahrende

Artikel in der Sonntagszeitung vom 26. April 2015. Der Kanton Basel-Stadt findet keinen Platz für Fahrende. Auf dem Land gibt es mehr Platz, Umzonungen sind einfacher zu realisieren. Der Kanton Basel-Landschaft fühlt sich offensichtlich bereit, Basel zu helfen und Land anzubieten, im Fokus steht Liestal. Wie ist hier die aktuelle Situation?

Stadträtin Marion Schafroth: Liestal stand zwar im Fokus des erwähnten Zeitungsartikels wegen dem Fahrendenplatz in Liestal, aber nicht im Fokus als Gemeinde, welche gegebenenfalls für die Problemlösung der Stadt Basel in Betracht gezogen wird.

278 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Radonmessungen - Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Radon-Messungen (Nr. 2015/173)

Die Interpellation hat folgenden Inhalt:

Vreni Wunderlin-Friedli
CVP/EVP/GLP

Liestal, 26.01.2015

Interpellation betreffend Radon-Messungen

Radon ist ein radioaktives, geruchloses und nicht merkbare Gas.

Die Schweiz hat sehr hohe Radonkonzentrationen im Boden. Dies endet sehr oft in unseren Häusern und erzielt hohe Konzentrationen. Radon ist gesundheitsschädlich.

Im Kanton BL haben 17 Schulanlagen bei den Radon-Messungen Werte über dem Richtwert von 400 Becquerel pro Kubikmeter aufgewiesen.

Davon betroffen ist das Schulhaus Burg und das Gymnasium.

Auch wenn in Liestal die Radonbelastung tiefer ist als in andern Gebieten der Schweiz muss die Radon-thematik ernst genommen werden.

Für mich stellen sich folgende Fragen:

Werden die gemeindeeigenen Bauten regelmässig überprüft?

Bietet die Stadt Hauseigentümern Unterstützung?

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht.

Vreni Wunderlin

* * * * *

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass den Ratsmitgliedern mit E-Mail des ehemaligen Stadtrates Peter Rohrbach vom 25. März 2015 die schriftliche Interpellationsantwort zur Kenntnis gebracht wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) wünscht als Interpellation die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass betreffend der schriftlichen Interpellationsantwort Unklarheiten bestehen, weshalb er die Fragen der Interpellantin kurz beantworten möchte: Es ist so, dass die gemeindeeigenen Liegenschaften seit Winter 1995/1996 bezüglich Radon in regelmässigen Abständen gemessen werden. Die bisherigen Werte lagen immer unter dem Richtwert von 400 Becquerel pro Kubikmeter. Auf der Homepage des Kantons sind weitere Angaben vorhanden. Die Resultate der Messungen vom letzten Winter 2014/2015 bei diversen Kindergärten und Schulanlagen liegen noch nicht vor, doch sobald diese vorliegen, werden diese bekannt gemacht. Aktuell wird in den Zeitungen viel über die richtigen Werte bei Radonmessungen geschrieben. Die privaten Hauseigentümer müssen selbst das Notwendige und die Dosimeter kaufen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass auf der Interpellationsantwort von Stadtrat Peter Rohrbach gemäss E-Mail vom 25. März 2015 mit der Nr. 2014/173a eine falsche Laufnummer vermerkt ist. Richtigerweise sollte es die Lauf-Nr. 2015/173a sein.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält als Interpellantin fest, dass gemäss Mail-Antwort vom 25. März 2015 die Messungen doch einige Jahre zurückliegen. Sie bittet den Stadtrat, künftig die Resultate der Radonmessungen publik zu machen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/173.

279 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Spitalfriedhof - Postulat betreffend Erhalt des Spitalfriedhofes von Gerhard Schafroth, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/174)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

*Gerhard Schafroth
CVP/EVP/glp-Fraktion*

***Postulat
Spitalfriedhof erhalten***

Der Spitalfriedhof an der Schauenburgerstrasse in Liestal ist mit seinen alten Bäumen und der Kapelle eine einmalige Oase der Ruhe. Im Rahmen möglicher Nutzungsänderungen könnte dieser Platz in der jetzigen Ausgestaltung bedroht sein.

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen und zu berichten, was er dazu beitragen kann dieses einmalige Bijou Liestals langfristig zu erhalten und sinnvoll zu nutzen.

Besten Dank für die Beantwortung

Gerhard Schafroth

Elisabeth Augstburger

Claudio Wyss

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen. Es ist nachvollziehbar, dass man sich angesichts der regen Bautätigkeit für den Erhalt von Grünflächen einsetzt. Betreffend dem Spitalfriedhof-Areal kann er aber diesbezüglich eine Entwarnung geben, denn bei der letzten Zonenplanrevision ist das ganze Gebiet der WG4-Zone zugewiesen und der Spitalfriedhof als Grünzone deklariert worden. Über die ganze Parzelle, welche dem Kanton gehört, ist eine Quartierplanpflicht überlagert.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant fest, dass der Kanton Geld braucht und Grundstücke wie im vorliegenden Fall früher oder später verkaufen wird. Er wäre schon froh, wenn der Stadtrat eine Unterschutzstellung des Grundstückes bzw. des Spitalfriedhofes prüfen und mit der Postulatsbeantwortung kurz berichten könnte.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen, obwohl wegen den aktuell gültigen Zonenvorschriften rechtlich alles klar sein sollte. Auch mache eine Sensibilisierung des Kantons als Eigentümerin Sinn, zumal auf dem Grundstück nebst dem Friedhof auch noch eine römische Villa steht.

Verena Baumgartner (GL) teilt mit, dass die Grüne Fraktion die Postulatsüberweisung unterstütze, da der Spitalfriedhof und Bauten älteren Datums geschützt werden sollten und das Areal auch als Naherholungsraum erhalten bleiben sollte.

Werner Fischer (FDP) meint, vom Stadtrat seien die wesentlichen Punkte schon gesagt worden. Der Friedhof ist rund 4'600 m² gross und der Baumbestand beschränkt sich aktuell gerade noch auf 4 Linden. Die auf dem Foto des Postulates noch erkennbare grosse Linde im Zentrum ist bereits gefällt worden. Die Zonenvorschriften sind auch bezüglich der Grünzone beim Spitalfriedhof klar formuliert, weshalb seine Fraktion der Postulatsüberweisung nicht zustimmen wird und den Stadtrat mit weiteren Abklärungen beauftragen möchte.

Marianne Quensel (SP) berichtet, ihre Fraktion wird einstimmig die Postulatsüberweisung unterstützen. Sie regt an, dass man die ganze Situation etwas kreativer anschaut, denn ob wirklich alles so erhalten werden muss, wie dies im Moment gemäss Zonenvorschriften der Fall ist, könnte ja immer noch neu angeschaut und beurteilt werden.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 31 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2015/174 an den Stadtrat überwiesen.

280 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Schöntalweg velofrei - Postulat betreffend velofreiem Schöntalweg von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/175)

Das Postulat hat folgenden Inhalt:

Elisabeth Augstburger
CVP/EVP/GLP-Fraktion

27. Januar 2015

**POSTULAT
Velofreier Schöntalweg**

Der Schöntalweg im Fraumatt-Quartier ist ein beliebter Spazierweg an der Ergolz vorbei. Jung und alt, Personen mit Hunden, und auch Familien spazieren dort gerne und begegnen sich. Durch die Velofahrerinnen und Velofahrer, die in einem rasanten Tempo vorbeifahren, ist es schon mehrmals zu gefährlichen Situationen gekommen.

Vor einigen Jahren wurde seitens der Stadt Quartierbewohnenden mitgeteilt, dass nach Fertigstellung der H2 der Schöntalweg velofrei wird, da der neue Weg auf dem Tunnel für die Velofahrerinnen und Velofahrer zur Verfügung steht.

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen und zu berichten, ob der Schöntalweg velofrei werden kann.

Elisabeth Augstburger

* * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen. Dies im Bewusstsein, dass man im vorliegenden Fall geteilter Meinung sein kann.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) hält stellvertretend und in Absprache mit der Postulantin, welche nicht mehr im Amt ist, folgende Punkte fest: Es ist schon so, dass der Veloweg beim Kindergarten Weiermatt links abzweigen sollte, damit dieser nicht bis zur H2-Umfahrung führt. Von der im Postulat beschriebenen Problematik ist ja insbesondere der Kindergarten Weiermatt betroffen. Der Weg dort ist sehr schmal und wird von Fussgängern bzw. Kindern und auch Velofahrern benützt. Es wäre schade, wenn man den neuen Veloweg schliessen würde. Sie macht beliebt, dass der Stadtrat ein Fahrverbot prüft, dies jedoch erst ab dem Kindergarten Weiermatt in Richtung Füllinsdorf. Auf jeden Fall sollte aber die Beschilderung beim Veloweg überprüft werden, denn für nicht ortskundige Velofahrer ist es schwierig herauszufinden, wo man genau durchfahren sollte.

Sabine Sutter (FDP) führt aus, sie kenne das betreffende Gebiet bestens und hatte dort weder als Fussgängerin noch als Velofahrerin irgendein Problem. Mit etwas mehr Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer sollte es gar keine Probleme geben. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Postulatsüberweisung aus.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, dass Liestal in den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung des Radroutennetzes erfahren habe. Auch im Gebiet Weiermatt / Hammerstrasse sind neue Velorouten entstanden. Nach der Abzweigung Fraumatt-Passerelle führt ein neu gebauter Fuss- und Veloweg von 2,50 Meter Breite von der Ergolz bis zum Kindergarten Weiermatt. Ab dort gibt es einen neuen beschilderten Veloweg zur Weiermattstrasse durch die Hammerstrasse bis zum Niederschönthal. Da der alte Weg tatsächlich nur rund 1,5 Meter breit ist, macht es Sinn, dass dieser Weg ausschliesslich nur für die Fussgänger zur Verfü-

gung gestellt wird, weil es ja mit dem neuen Weg eine gute Alternative für die Velofahrer gibt. Mit der Beschränkung auf den Abschnitt vom Kindergarten Weiermatt bis Niederschönthal kann auch die Grüne Fraktion die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat unterstützen.

Hanspeter Stoll (SP) informiert darüber, dass sich seine Fraktion gefragt habe, ob es sich beim Vorstoss überhaupt um ein Postulat handle und ob dieses überhaupt Sinne mache. Muss für den Vollzug bzw. die künftigen Kontrollen gar eine neue Stelle bewilligt werden? Und ist es nicht möglich, dass die Wegbenützer akustisch auf sich aufmerksam machen und mehr Rücksicht nehmen? Die im Postulat geschilderten angeblichen Probleme sollen von den Menschen bzw. Verkehrsteilnehmern selbst gelöst werden. Seine Fraktion spricht sich gegen die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat aus.

Thomas Eugster (FDP) spricht sich dezidiert auch gegen die Postulatsüberweisung aus. Der Vorschlag für eine Überprüfung der Beschilderung macht durchaus Sinn.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 9 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2015/175 nicht an den Stadtrat überwiesen.

281 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Sozialhilfekosten, Gemeindeinitiative - Motion „Gemeindeinitiative für eine faire Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden“ von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/178)

Die Motion hat folgenden Inhalt:

Patrick Mägli, SP-Fraktion
Lisette Kaufmann, Grüne Fraktion

Liestal, 16. März 2015

Motion

Gemeindeinitiative für eine fairere Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden

Zurzeit steigen die Sozialhilfekosten sehr stark an. Die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft sind sehr unterschiedlich von den Sozialhilfekosten und deren Anstieg betroffen. Das hat unter anderem den zusätzlichen negativen Effekt, dass kaum günstiger Wohnraum geschaffen wird, weil die Gemeinden befürchten, damit Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler anzuziehen.

Liestal nimmt punkto Sozialhilfekosten im Kanton unter den Gemeinden einen Spitzenplatz ein; die Anzahl der Sozialhilfefälle steigt zudem im kantonalen Vergleich überdurchschnittlich an. Für die Stadt bedeutet dies eine grosse finanzielle Belastung. Die Stadt Liestal steht zu ihren Einwohnerinnen und Einwohnern, die auf Unterstützung durch Sozialhilfe angewiesen sind. Sie kann jedoch die ausserordentlichen Belastungen nicht alleine tragen.

Aber auch andere Gemeinden sind überdurchschnittlich stark betroffen. Die ungleiche Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden ist nicht mehr tragbar. Gemeinden, die auf Grund ihrer demographischen und wirtschaftlichen Struktur sowie ihrer geografischen Lage viele Sozialfälle aufweisen, dürfen dafür nicht bestraft werden. Es muss Gegensteuer gegeben werden. Auf kantonaler Ebene sind deshalb Lösungen zu suchen, um die Belastungsunterschiede zu verringern und die Sozialhilfekosten fairer zu verteilen.

Wir beauftragen den Stadtrat, mit anderen Gemeinden im Kanton eine Gemeindeinitiative nach § 49 der Kantonsverfassung des Kantons Basel-Landschaft zu ergreifen, mit dem Ziel, die Sozialhilfekosten in geeigneter Weise künftig fairer auf alle Gemeinden und den Kanton umzuverteilen.

Lisette Kaufmann, Grüne Fraktion

Patrick Mägli, SP-Fraktion

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott hält fest, dass mit dem Vorstoss ein Thema angesprochen wird, welches eine wichtige Bedeutung für Liestal hat. Liestal hat eine gute Bevölkerungsdurchmischung und versteht sich als offene und solidarische Stadt, was ja nicht in allen anderen Gemeinden durchwegs der Fall ist. Die Sozialhilfekosten sind auch sehr ungleich auf die Gemeinden des Kantons verteilt und Liestal zählt zu denjenigen Gemeinden, welche betreffend den Sozialhilfekosten doch sehr stark betroffen ist. Der Vorstoss ist durchaus berechtigt und eine politische Intervention sinnvoll. Ein Lastenausgleich gibt es ja bereits basierend auf den Grenzkosten und beim neuen Finanzausgleich soll diese Summe auch plafoniert werden. So wie die heutigen Kosten abgegolten werden, ist man tatsächlich zu weit weg von den tatsächlichen Kosten. Der vorgeschlagene Gemeindeinitiative kann ein möglicher Ansatz sein, doch vielleicht führen andere schnellere Wege schneller zum Ziel. Der Stadtrat macht deshalb den Vorschlag, dass der Vorstoss als Postulat und nicht als Motion an den Stadtrat überwiesen wird.

Patrick Mägli (SP) hält als Mitunterzeichner der Motion fest, dass die Sozialhilfekosten in den letzten Jahren enorm angestiegen sind und die Gründe dafür vielfältig sind. Liestal ist betreffend den Sozialhilfekosten-Folgen besonders stark betroffen, was auf die Zentrumsfunktion, die Anonymität als Einwohnerin oder als Einwohner, die gute verkehrstechnische Erschliessung usw. zurückgeführt werden kann. Es kann aber nicht sein, dass einzelne Gemeinden wegen solchen Gegebenheiten im Zusammenhang mit den Sozialhilfekosten in einem solchen Ausmass bestraft werden, wie dies aktuell der Fall ist. Gesetzesanpassungen sind nötig, doch sind keine Besserungen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich absehbar. Die Motionäre können sich mit der Umwandlung der Motion auf ein Postulat einverstanden erklären.

Lisette Kaufmann (GL) dankt als Motionärin für die Ausführungen ihres Vorredners und stellt fest, dass sie sich mit der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat ebenfalls einverstanden erklären kann.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittefraktion betreffend dem neuen Vorstoss unterschiedliche Meinungen vertritt. Sie selbst steht dem Vorstoss auch eher kritisch gegenüber. Die Sonderlastenabgeltung Sozialhilfe zu Gunsten der Stadt Liestal schwankte in den letzten Jahren von TCHF 850 bis zu 1 Mio. Franken. Der neue Kostenverteiler führte dazu, dass Liestal im Jahr 2014 einen Betrag von 1,4 Mio. Franken erhalten hatte. Mit dem neuen Instrument bzw. Verteiler wird der Anreiz an die Gemeinden für eine möglichst effiziente Erfüllung der Aufgaben nicht abgeschwächt. Am Kostenverteiler und Mechanismus lässt sich wohl nicht viel schrauben, Vorteile dürften die Gemeinden wohl eher dann haben, wenn der Gesamtbetrag des Kantons an die Gemeinden erhöht würde. Das Sozialhilfegesetz lässt in wenigen Fällen wie beispielsweise bei den Wiedereingliederungsmassnahmen etc. etwas Spielraum und auch im Zusammenhang mit den Rückforderungen/-erstattungen können sich die Gemeinden Vorteile verschaffen.

Bruno Imsand (FDP) informiert darüber, dass seine Fraktion der Überweisung des Vorstosses als Postulat zustimmen wird.

Georg Ambühl (SVP) sagt, auch die SVP-Fraktion wird eine Postulatsüberweisung unterstützen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Vorstoss Nr. 2015/178 wird als Postulat mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lerf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann